Nr. 229 XXVIII. Jahrgang — Donnerstag, 16. September 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13525, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Polnisches Werben um Oberschlesien

Die polnische Berufsvereinigung und der polnische Zentralberufsverband haben, wie aus Beuthen gemeldet wird, einen Aufruf an die polnische Bevölkerung Oberschlesiens erlassen, der sich mit den neuerlichen Gerüchten über einen „Putsch" beschäftigt. Der Aufruf mahnt zur Wachsamkeit und warnt vor kommunistischen und alldeutschen Agitatoren (!). Den Bergarbeitern würden in Gemäßheit der Mittel die Streiktage bezahlt werden.

Auch Korfanty richtete wieder einen längeren Aufruf an die Bevölkerung Oberschlesiens, der an die beunruhigenden Nachrichten anknüpft und hierfür in erster Linie die Presse verantwortlich macht. In dem Aufrufe heißt es: „Wir wären längst zu den normalen Verhältnissen zurückgekehrt, wenn nicht die alldeutschen Machinationen (!) dem entgegenarbeiteten." Weiter wird die polnische Bevölkerung aufgefordert, Ruhe und Besonnenheit zu wahren und die kommunistischen und alldeutschen Agitatoren abzufassen und den interalliierten Behörden auszuliefern.

Der zweite Teil des Aufrufes beschäftigt sich mit angeblichen Versuchen, die polnische Bevölkerung gegen die italienischen Besatzungstruppen aufzureizen und einen Gegensatz zwischen den französischen und italienischen Truppen zu schaffen. Den italienischen Truppen und Behörden sei überall dieselbe Freundlichkeit wie den französischen entgegenzubringen. Am Schlusse heißt es: „Wer die Ruhe und Ordnung stört, trägt zur Verschiebung des Termins der Volksabstimmung bei. Oberschlesien ist polnisches Land und bildet geistig und moralisch bereits einen Teil der freien Volksrepublik Polen."

Bezeichnend für die Art, wie die Polen versuchen, die Abstimmung in ihrem Sinne zu beeinflussen, ist auch folgender Vorgang:

× **Beuthen**, 15. September. Die polnische oberschlesische Volkspartei veröffentlicht in den in deutscher Sprache erscheinenden oberschlesischen Blättern, soweit sie sich in polnischer Hand befinden, einen Aufruf, in dem unter Berufung auf Artikel 88 des Friedensvertrages versucht wird, Abstimmungsberechtigten ihr Stimmrecht zu rauben. In dem Aufruf wird behauptet und gefordert, daß nur die im oberschlesischen Abstimmungsgebiet geborenen Personen zur Abstimmung zugelassen werden, wenn sie zur Zeit des Inkrafttretens des Friedensvertrages auch zu den Einwohnern Oberschlesiens gehörten.

Demgegenüber muß ausdrücklich erklärt werden, daß nach § 4 der Anlage zum Artikel 88 jede Person ohne Unterschied des Geschlechts stimmberechtigt ist, die am 1. Januar des Jahres, in dem die Volksabstimmung stattfindet, das 20. Lebensjahr vollendet hat, wenn sie in der Zone, in der die Volksabstimmung stattfindet, geboren ist oder dort seit einem von dem Ausschuß festzusetzenden Zeitpunkt, der aber nicht nach dem 1. Januar 1919 liegen darf, ihren Wohnsitz hat. Hierbei handelt es sich um nichts andres als um die Wiedergabe der Bestimmungen des § 4 der Anlage zum Artikel 88. Diese Anlage selbst aber ist ein untrennbarer Teil des Friedensvertrages. Der Aufruf der oberschlesischen Volkspartei stellt sich demnach als ein von unmaßgeblicher polnischer Seite ausgehender Versuch dar, die Bestimmungen des Friedensvertrages zuungunsten der deutschen Bevölkerung zu ändern. Der Versuch hat weiter den Zweck, die deutsche Bevölkerung erneut zu beunruhigen und ihren Glauben an die deutsche Sache zu erschüttern.

Vom französischen Kriegsgericht in Memel verurteilt

Vor längerer Zeit war auf dem Vorwerk Heinrichsthal des dem früheren Tilsiter Landrat und späteren Mitglied des Memeler Landesdirektoriums v. Schlenther gehörenden Gutes Adl. Baubein ein von deutschen Truppen im Herbst 1919 zurückgelassenes Flugzeug vorgefunden. Die Angelegenheit beschäftigte gestern das französische Kriegsgericht in Memel. Es hatten sich zu verantworten Geheimrat v. Schlenther, sein Oberinspektor Aschmoneit und der Kämmerer des Vorwerkes Heinrichsthal Leichkewitz. Das Urteil lautete gegen Leichkewitz auf einen Monat Gefängnis und Strafaufschub, gegen Aschmoneit einen Monat Gefängnis, 100 Franken Geldstrafe, gegen Geheimrat v. Schlenther als Besitzer des Gutes auf zwei Monate Gefängnis und 500 Franken Geldstrafe. Schlenther wurde in Haft behalten.

Der Streit um den Kieler Kanal

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" eine Rechtfertigung des deutschen Verhaltens zu der Durchfahrt eines mit Munition beladenen Dampfers durch den Kieler Kanal. Der in Frage kommende dänische Dampfer, der eine aus Frankreich kommende und für Polen bestimmte Munitionsladung an Bord hatte, ist in Holtenau angehalten und durch den Kanal zurückgeführt worden, weil die deutschen Neutralitätsvorschriften die Ausfuhr und Durchfuhr von Kriegsmaterial nach den kriegführenden Ländern verbieten. Die Franzosen bestreiten die Rechtmäßigkeit dieser Auffassung, weil nach dem Friedensvertrag die Benutzung des Kieler Kanals allen Handels- und Kriegsschiffen offen stehe. Von deutscher Seite wird jedoch entgegnet, daß nach andern Artikeln des Friedensvertrages die Durchfuhr nicht gestattet sei, wenn deutsche Ein- und Ausfuhrverbote dabei verletzt würden. Das sei hier der Fall, sonst müsse die Meinung zu Recht bestehen, daß alle deutschen Eisenbahn- und Wasserstraßen für den Munitionstransport nach Osten offen stehen. Das aber sei durch die deutsche Neutralitätserklärung völlig ausgeschlossen. — Im Zusammenhang mit diesen Streitfragen steht auch folgende Meldung:

☞ **Stockholm**, 15. September. (Eig. Drahtbericht.) Der schwedische Dampfer „Havanna", dem die Durchfahrt durch den Kieler Kanal verweigert wurde, traf am Sonnabend in Helsingfors ein. An Bord befanden sich siebzehn polnische Soldaten, die den Kapitän zu hindern suchten, Helsingfors anzulaufen. Die Hafenpolizei kam der Besatzung zu Hilfe. Diese weigerte sich, mit dem Schiff nach Danzig zu fahren, weil es mit Kriegsmaterial beladen ist.

Man ersieht daraus, daß die deutsche Regierung auch weiterhin ihre Ansicht über das Verbot der Durchfuhr von Munition durch den Kieler Kanal aufrecht erhält, insoweit es sich um Kriegsmaterial für den Osten handelt.

Der Krieg im Osten

Der neueste Lagebericht über die Vorgänge an der russisch-polnischen Front meldet u. a.: Im Abschnitt Grodno—Njemen wurden örtliche Angriffe der Bolschewisten abgewiesen, desgleichen wiederholte stärkere bolschewistische Gegenangriffe nordöstlich von Brest-Litowsk auf Stepanki. Im Anschluß an die erfolgreichen Kämpfe der Polen nach der Ueberschreitung des Bug im Abschnitt Cholm setzten weitere Abteilungen aus der Gegend von Grubeschow über den Bug, erreichten den Studziankafluß und besetzten die Ortschaften Zhalaskow und Uzilug westlich von Wladimir—Wolynsk. Westlich von Kowel wurde Maziejow von den Polen besetzt. An der Gnila Lipa südlich von Lemberg haben nach Heranführung von Verstärkungen Gegenangriffe der Bolschewisten eingesetzt.

Es scheint sicher, daß sich die russische Offensive, die in diesen Tagen eingesetzt hatte, durch einen parallel gehenden Vorstoß der Polen bereits wieder in einen Rückzug verwandelt hat. Ueber die Schweiz erfahren wir:

Basel, 15. September. (Eig. Drahtbericht.) Der „Basler Anzeiger" meldet aus Warschau: Die polnischen Kriegsberichterstatter im Hauptquartier melden den neuen Vormarsch der polnischen Heere an der Südfront. Im Zentrum sind die polnischen Linien in zwei Tagen um 16 Werst vorgerückt. Die Südarmee marschiert auf das Festungsdreieck Dubno—Luck, die Armee im Zentrum auf Pinsk.

Genf, 15. September. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet aus Warschau: Das russische Zentrum ist im schnellen Zurückgehen. Die Russen bauen ihre Stellungen zwischen Kobel und Pinsk ab. Die neue polnische Offensive steht vor ihrer Entwicklung; ihr Ziel ist diesmal Pinsk.

Das Ziel der russischen Regierung ist im Augenblick noch immer undurchsichtig. Ueber die Rigaer Verhandlungen verlautet noch nichts. Dagegen wird gemeldet:

☞ **Helsingfors**, 15. September. (Eig. Drahtbericht.) Russische Zeitungen teilen mit, daß Tschitscherin ein Rotbuch veröffentlicht habe, in dem er Rechenschaft ablegt von den bisher mit Polen geführten Verhandlungen. Dieser Schritt wird als Zeichen dahin aufgefaßt, daß die Bolschewisten den Krieg fortsetzen und durch die Friedensverhandlungen nur Zeit gewinnen wollen.

Sollte Rußland wirklich einen Winterfeldzug im Auge haben? Und was verspräche es sich davon? Die Zeit, die es selbst gewonnen hätte, würde auch Polen für neue Rüstungen gewinnen. Vorläufig bleibt das russische Gesicht noch undurchdringlich.

Waffenstillstand in Litauen

☞ **Kopenhagen**, 15. September. (Eig. Drahtbericht.) „Berlingske Tidende" meldet aus Kowno: Die litauische Regierung hat auf die polnische Note geantwortet, daß sie bereit sei, Delegierte nach Kalwarja zu entsenden, so daß dort bereits mit den polnischen Vertretern verhandelt werden kann. Die Feindseligkeiten werden in Uebereinstimmung mit dieser Antwort eingestellt.

Unmittelbar vor Inkrafttreten des Waffenstillstandes traf die Nachricht von der Einnahme der Stadt Sejny durch litauische Truppen ein. Gleichzeitig wird bekannt, daß die Polen die Stadt Lipsk den Bolschewisten überlassen mußten.

Die russische Studienkommission

* **Berlin**, 15. September. Ein Teil der russischen Gewerkschaftsdelegierten weilt noch im Hamburger Hafen, weil die Einreiseerlaubnis fehlt. Die Hamburger Gewerkschaften haben infolgedessen ein Telegramm an die Berliner Gewerkschaftszentrale gerichtet, worin um Vorstellungen beim Auswärtigen Amt zwecks Erteilung der Einreiseerlaubnis gebeten wird. Die „Freiheit" sagt dazu: Das Auswärtige Amt mag sich sagen lassen, daß die deutsche Arbeiterschaft die Einreiseerlaubnis für die Abgesandten der russischen Arbeiterschaft fordert.

Bolschewistenverhaftungen in Warschau

☞ **Paris**, 15. September. (Eig. Drahtbericht.) Aus Warschau wird dem „Temps" gemeldet: Die polnischen Behörden haben gestern hier verschiedene Mitglieder einer bolschewistischen Organisation verhaftet. Diese dienten als Vermittler zwischen Kommunisten aus Tarnopol, Budapest und Wien, denen sie Briefe und Gold von Moskau zugehen ließen. Man fand bei ihnen acht Millionen in deutschen Devisen, 100 000 Rubel in Gold und umfangreiche Korrespondenzen für die Wiener Kommunisten.

Demission der Prager Regierung

× **Prag**, 15. September. Die Blätter melden: In der Sitzung des Vollzugsausschusses der sozialdemokratischen Partei erklärte der Vorsitzende, daß die Lage ein weiteres Verweilen der Sozialdemokraten in der Regierung nicht gestatte. Auch die Minister der übrigen koalierten Parteien werden wahrscheinlich ihre Entlassung einreichen. Ein Beamtenkabinett wird bis zur Bildung einer neuen Parteiregierung die Geschäfte führen.

Die Präsidentenfrage in Frankreich

☞ **Paris**, 15. September. (Eig. Drahtbericht.) Die gestrigen Meldungen über die Verschlechterung des Zustandes des Präsidenten Deschanel bestätigen sich. Die heutigen Morgenblätter bringen übereinstimmend eine Meldung, nach der der Ministerpräsident morgen nach Paris zurückkehren wird. Am Freitag wird ein Kabinettsrat stattfinden, in dessen Verlauf die Präsidentenfrage aufgeworfen werden wird. Es scheint danach, daß eine schnelle Zusammenberufung der Kammer zu einer außerordentlichen Sitzung erfolgen wird, um Mitteilungen der Regierung entgegenzunehmen. Diese Mitteilungen werden in der Vorlage des Rücktrittsgesuchs Deschanels und der Berufung der Kammer bestehen, einen neuen Präsidenten zu wählen. Man nimmt an, daß diese Ereignisse im Laufe der nächsten Woche stattfinden werden. Nachdem Millerand, Poincaré und Bourgeois erklärt haben, keine Kandidatur der Präsidentschaft annehmen zu wollen, werden als mögliche Kandidaten genannt Ribot, Jonnart, Pams und Castelnau. Man hoffe, daß sich die meisten Politiker auf eine bestimmte Persönlichkeit einigen werden, damit einstimmige Wahlen die lückenlose Einheit begründen werden.

England für die Genfer Ko[illegible]

kg. **Rotterdam**, 15. September. (Eig. Drahtbericht.) Reuter meldet am Dienstag, die in der Presse veröffentlichten Berichte über eine Verzichtleistung auf die Genfer und Brüsseler Konferenz mit den Deutschen entspreche nicht den Tatsachen. Soweit England in Betracht kommt, hat es sich mit dieser Frage überhaupt noch nicht befaßt. Die „Times" melden, die Haltung Englands bleibe unverändert die, daß die Einladung an die Deutschen zur Teilnahme an den Besprechungen in Genf und Brüssel zu Recht bestehe und nicht zurückgenommen werden könne. Das Kabinett hat einer Verschiebung der Besprechungen, nicht aber ihrer Aufhebung zugestimmt.

Die Wiedergutmachungsbeträge

kg. **Rotterdam**, 15. September. (Eig. Drahtbericht.) „Manchester Guardian" schreibt in seinem Londoner Börsenbericht, daß die von Deutschland zu erhebenden Wiedergutmachungsbeträge auf mindestens 160 Milliarden Schilling geschätzt würden. Infolgedessen zeige der Markkurs an der Londoner Börse eine schnelle Abwärtsbewegung.

Der Sturz der Mark

k. **Köln**, 15. September. (Eig. Drahtbericht.) Infolge des rapiden Sturzes der deutschen Mark verweigern die holländischen Kaufleute die Abschlüsse in Ausfuhrartikeln zum Markkurs. Sie verlangen die Begleichung in holländischer Guldenwährung. Alle Preise über Holland nach Deutschland sind in den letzten vier Tagen bis zu 40 Prozent gestiegen.

Die deutschen Kohlenlieferungen

* **Bochum**, 15. September. Seit dem 1. September ist die deutsche Kohlenablieferung an den Verband um fast 20 v. H. hinter den in Spa übernommenen Verpflichtungen zurückgeblieben. Die Verbandskommission in Berlin hat dem Obersten Rat Mitteilungen über die kommunistische Agitation im Ruhrrevier gegen die Ausführung des Abkommens von Spa gemacht. Sie hat dabei betont, daß die deutsche Regierung keinerlei Maßnahmen gegen diese Agitation ergriffen habe, und daß diese Haltung die Erfüllung des Kohlenabkommens ernstlich gefährde.

Die Augustförderung an der Ruhr

* **Köln**, 15. September. Wie die vorläufigen Förderergebnisse des Monats August gezeigt haben, hat sich bei den Ruhrkohlenzechen die Förderung im August im Vergleich zu derjenigen des Vormonats unter Berücksichtigung der etwas geringeren Anzahl der Arbeitstage auf ungefähr gleicher Höhe gehalten. Die arbeitstägliche Förderung erfuhr sogar, wie die „Köln. Ztg." mitteilt, eine Steigerung um 7125 Tonnen. Ein Erfolg der wieder in größerem Umfange verfahrenen Ueberschichten.

Die Förderung Oberschlesiens

* **Bochum**, 15. September. In einem Aufsatz unter der Ueberschrift „Das Abkommen von Spa" bespricht die „Bergarbeiterzeitung" die Schwierigkeiten, die sich der Kohlenversorgung aus den oberschlesischen Gruben entgegenstellen, und erklärt dabei, daß sich der Gesamtverlust an Kohlenförderung in Oberschlesien infolge der Unruhen im August auf über 600 000 Tonnen beziffert hat. Gerecht und unparteiisch, wie man es in Spa versprochen habe, sei in Oberschlesien nicht gehandelt worden, das müsse ausdrücklich festgestellt werden, damit man wisse, wen die Schuld trifft, wenn uns Vorwürfe gemacht würden wegen zu geringer Ablieferung.

Deutschland und der Völkerbund

Basel, 15. September. (Eig. Drahtbericht.) Wie der „Basler Anzeiger" aus Paris meldet, steht bereits auf der Tagesordnung der neuen Versammlung des Völkerbundes in Paris am kommenden Donnerstag der Antrag einer Völkerbundsmacht auf Stellungnahme des Völkerbundes über den Termin des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund.

Im Kärntner Abstimmungsgebiet

Von unserm Sonderberichterstatter

III.

Fahrt durch die erste Zone

Klagenfurt, 10. September

Wie der Jugoslawe es in dem von ihm verwalteten Teile Kärntens treibt, wie er das Recht mit Füßen tritt, wie er alle, die ihm kärntnerischer Gesinnung verdächtig sind, verfolgt und vor keiner Gewalttat zurückschreckt, um das Land an sich zu reißen, davon hatten wir schon in Villach und mehr noch hier in Klagenfurt gehört. Aber wir wollten uns selbst von den Zuständen in diesem südslawischen Himmel überzeugen, wollten die Stimmung des Volkes an Ort und Stelle kennen lernen und zu diesem Zweck in die von den serbischen und slowenischen Bajonetten abgesperrte Zone gelangen. Wie aber hineinkommen bei der strengen Kontrolle, die von König Peters Heerbann ausgeübt wird? Nun, wie wir es machten, tut nichts zur Sache. Genug, wir fanden einen Weg und haben uns auf wiederholten Fahrten ins Drautal und in die Karawanken bis zur Paßhöhe hinauf, der eigentlichen Grenze gegen Südslawien, gründlich umgesehen. Das Scherzhafte dabei ist, daß ziemlich zur gleichen Zeit wie wir reichsdeutschen Zeitungsleute auch eine Anzahl Journalisten aus Wien nach Klagenfurt gekommen waren, Vertreter teils von neutralen, teils Ententeblättern, darunter ein Franzose, ein Spanier und zwei Holländer. Diese hatten bei der jugoslawischen Verwaltung offiziell um die Erlaubnis zur Einreise in das Abstimmungsgebiet nachgesucht, man hatte sie aber abgewiesen. Kann es einen schlagenderen Beweis für das schlechte Gewissen der Jugoslawen geben? Der Eindruck bei den Wiener Herren, die nach nur zweitägigem Aufenthalt in Klagenfurt unverrichteter Sache wieder abziehen mußten, soll denn auch dementsprechend gewesen sein.

Für uns aber stand eines Morgens bald nach unsrer Ankunft das Auto vor dem Gasthofe bereit, um uns in das berüchtigte Neu-Jugoslawien hineinzuführen.

Als wir abfuhren, regnete es wie gewöhnlich. Allmählich aber klärte sich das Wetter auf, die Berge begannen ihre Nebelschleier abzuwerfen und auf den Feldern längs der Straße leuchtete der blühende Buchweizen in den ersten Sonnenstrahlen.

Bald hinter Klagenfurt war die Demarkationslinie erreicht. Die jugoslawischen Posten traten halbgebietend aus ihrer Hütte hervor, worin sie vor dem Regen Zuflucht gesucht hatten, aber auf eine abwehrende Handbewegung unsres Führers gaben sie den Weg frei. Offenbar hielten sie unsren Wagen für eins der zahlreichen Kommissionsautos, die gerade in diesen Tagen eifrig zwischen den beiden Zonen hin und her fuhren. Die Zustände drüben waren nämlich so himmelschreiend geworden, daß dadurch sogar die interalliierte Kommission aus ihrer Ruhe aufgestört worden war.

An Mais- und Buchweizenfeldern vorbei ging die Fahrt weiter, unter Obstbäumen hin, die fast unter der Last der Früchte brachen. Auf den Wiesen weideten zerstreut kleinere Rindviehherden, meist von der Kärnten eigentümlichen hellen Farbe. Unter den vorspringenden Holzdächern der Bauernhäuser hingen goldgelbe Maiskolben zum Dörren. Unterkärnten, vor allem die Zone A, auf welche die Jugoslawen es abgesehen haben, ist ein fruchtbares Land, das reichlich Roggen und Weizen, Mais und als Nachfrucht Buchweizen trägt. Durch intensivere Bewirtschaftung des Bodens könnten die Erträgnisse nach sachverständigem Urteil so gesteigert werden, daß Kärnten sich völlig aus sich selbst ernähren würde. Heute fehlt es wie überall in Mitteleuropa an ausreichender Düngung, Saatgut usw. Auch die Arbeiterfrage spricht sehr mit. Im großen ganzen aber darf Kärnten, wenn seine staatliche und wirtschaftliche Einheit erhalten bleibt, eine gute Entwicklung vorausgesagt werden. Oberkärnten mit seinen ausgezeichneten Alpenweiden und das Unterland mit seinem guten Ackerboden ergänzen sich vortrefflich.

Es sind, wie in Oberschlesien, deutsche Bauern, vor allem Bajuvaren gewesen, die vor Jahrhunderten hier den Wald gerodet haben. Unaufhörlich strömten schon seit Karl dem Großen deutsche Siedler in das Land, Ackerer, Handwerker, Kaufleute und Geistliche, die spärliche slowenische Bevölkerung, die seit Ende des sechsten Jahrhunderts bestand, mit deutscher Kultur überziehend. Und dieses deutsche Gesicht zeigt das Land auch heute noch überall trotz der jugoslawischen Tünche. Davon reden die Bauernhöfe und die zahlreichen Edelsitze, deren wir einige von feinster Kultur kennen lernten. Davon zeugen die jetzt größtenteils verweltlichten Stifte und die Kirchen, auf deren gotischen Kanzeln heute die fremden Priester aus Krain oder selbst aus der Tschecho-Slowakei eine wüste Hetze gegen die Deutschen betreiben. Deutsch ist der ganze Zuschnitt des Lebens in den Dörfern wie in den Städten, deutsch die Verfassung und das Recht in den Gemeinden, deutsch ist, wie die ganze Kunst und das Geistesleben des Landes, vor allem auch das Kärntnerlied, das wunderzarte Blüten des Volksgesanges getrieben hat. Auch rein sprachlich kann deshalb von einem Ueberwiegen des Slowenischen nicht gesprochen werden; vielmehr ist ganz Kärnten zu drei Vierteln, das Klagenfurter Becken aber mehr als zur Hälfte deutsch.

Wie aber sieht es jetzt in der von den Jugoslawen besetzten Zone aus? Schon bei der ersten Wegkreuzung erhalten wir gleichsam einen Schlag in das Gesicht. Der Wegweiser zeigt einen ganz fremden, auf unsrer Karte nicht verzeichneten Namen. Er ist slowenisch. Nicht etwa doppelsprachig. Nein, nicht einmal dazu ließen sich die jugoslawischen Kulturbringer herbei. Im Gegenteil, jedes deutsche Wort mußte ausgetilgt werden. Mit Pinsel und Farbtopf wurde die Weltgeschichte, wurde die Arbeit von Jahrhunderten,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200916/1